

Neue Regeln für Zahlungsdienste: Mehr Wettbewerb und Sicherheit, weniger Kosten

Die Neufassung der EU-Vorschriften für Zahlungsdienste soll verstärkte Sicherheitsanforderungen bringen, den Verbrauchern eine größere Auswahl verschaffen und mit den neuesten Entwicklungen Schritt halten. Am Donnerstag haben die Abgeordneten ein entsprechendes Gesetz verabschiedet ab. Damit soll auch der Wettbewerb unter den Anbietern verbessert werden, um so die Kosten für Zahlungsdienste zu senken, und die Entwicklung mobiler und Online-Zahlungsanwendungen gefördert werden.

"Der Markt für EU-Zahlungsdienste bleibt fragmentiert und teuer, denn er verursacht Kosten von 130 Milliarden Euro pro Jahr, mehr als 1% des BIP der EU. Die EU-Wirtschaft kann sich diese Kosten nicht leisten, wenn sie weltweit wettbewerbsfähig sein will", sagte der Berichterstatter Antonio Tajani (EVP, IT), und fügte hinzu: "Der neue Rechtsrahmen wird die Kosten senken, die Sicherheit des Zahlungsverkehrs verbessern und den Eintritt neuer Marktteilnehmer sowie die Entwicklung innovativer Mobil- und Internetzahlungen erleichtern."

Der von Tajani betreute Gesetzestext wurde mit 578 Stimmen angenommen, bei 29 Gegenstimmen und 52 Enthaltungen.

"Dritte Zahlungsdienstleister" sollen Kosten senken

Die neuen Regeln erleichtern die Nutzung kostengünstiger Internet-Zahlungsdienste und erhöhen deren Sicherheit, indem sogenannte "dritte Zahlungsdienstleister" in den Anwendungsbereich aufgenommen werden. Diese ermöglichen kostengünstige und effiziente elektronische Zahlungen ohne Kreditkarte, so wie *SOFORT* in Deutschland, *Trustly* in skandinavischen Ländern oder *IDEAL* in den Niederlanden.

Diese Dienstleister werden den gleichen hohen Regulierungs- und Aufsichtsstandards unterliegen wie alle anderen Zahlungsinstitute.

Die Gebühren für solche Dienste dürfen nicht höher sein als die direkten Kosten. Zusätzliche Entgelte für die Nutzung von Zahlungsinstrumenten wie Kredit- und Debitkarten, für die die Interbankentgelte bereits festgelegt sind, dürfen nicht erhoben werden.

Mehr Sicherheit

Die vorgeschlagene Richtlinie zielt darauf ab, die Verbraucher durch verstärkte Sicherheitsanforderungen, genauer gesagt die Vorgabe, dass Online-Zahlungen nur mit solider Kundenauthentifizierung möglich sein dürfen, besser vor Betrug, etwaigem Missbrauch und sonstigen Problemen bei der Zahlungsausführung zu schützen. Bei nicht autorisierten Kartenzahlungen werden sich die Verluste der Verbraucher künftig sehr in Grenzen halten und nicht über 50 Euro hinausgehen.

Die nächsten Schritte

Der Gesetzestext muss noch formell von den EU-Mitgliedstaaten gebilligt werden, um danach unverzüglich in Kraft treten zu können.

" "Der Markt für EU-Zahlungsdienste bleibt fragmentiert und teuer, denn er verursacht Kosten von 130 Milliarden Euro pro Jahr." "

Antonio Tajani (EVP, IT)

Weitere Informationen

[Der angenommene Text wird hier verfügbar sein \(unter folgendem Datum: 08.10.2015\)](#)

[Video der Debatte \(unter folgendem Datum: 07.10.2015\)](#)

[Pressemitteilung zur Einigung mit dem Rat \(05.05.2015, auf Englisch\)](#)

[Pressemitteilung der EU-Kommission zur Einigung mit dem Rat \(05.05.2015\)](#)

[Merkblatt zu den Verfahrensschritten](#)

[Berichtersteller Antonio Tajani \(EVP, IT\)](#)

[EP-Studie: "Consumer protection aspects of mobile payments" \(auf Englisch\)](#)

Kontakt

Dorota KOLINSKA

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 32787 (BXL)

☎ (+33) 3 881 76725 (STR)

☎ (+32) 498 98 32 80

✉ prasa-PL@europarl.europa.eu

Armin WISDORFF

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 40924 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73780 (STR)

☎ +32 498 98 13 45

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Michaela FINDEIS

COMM - PRESS

☎ (+32) 2 28 31141 (BXL)

☎ (+33) 3 881 73603 (STR)

☎ (+32) 498 98 33 32

✉ presse-DE@europarl.europa.eu

Jens POTTARST

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+49) 30 22 80 12 00

☎ (+33) 3 881 64025 (STR)

☎ (+49) 151 172 57 196

✉ Presse-de@ep.europa.eu

Huberta HEINZEL

COMM - MEDIA SERVICES

☎ (+43) 1 516 17 201

☎ (+33) 3 881 74646 (STR)

📱 (+43) 676 550 3126

✉ huberta.heinzel@ep.europa.eu



Mehr Wettbewerb bei Online-Zahlungsdiensten bringt Anreize für günstigere und sicherere Zahlungsinstrumente © AP Images/ European Union-EP